Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapeltor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 45 | Duisburg, den 8. November 1924 | 25. Jahrgang

Die Zukunft der Gewerkschaften

Das 25jährige Jubiläum des Bestehens unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und der christlichen Gewerkschaften ist vorbei. Wir sind damit nicht nur äußerlich in ein neues Stadium getreten. Die gegenwärtige Zeitlage, bedingt durch das Londoner Abkommen, stellt auch innerlich für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk eine neue Epoche dar. Fragen von ungeheurer Tragweite gilt es zu lösen.

Daß diese Gesamtfragen auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine starke Rückwirkung auslösen, steht außer Zweifel. Aber das ist nicht so sehr das Entscheidende. Es kommt vielmehr darauf an, daß in der jetzt anbrechenden Zeitepoche die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich nicht im allgemeinen Strom treiben läßt, sondern aktiv zur Lösung der gestellten Fragen hindrängt. In der Tatsache, daß ohne Gewerkschaftsbewegung eine Durchführung des Londoner Abkommens nicht möglich ist, liegt eine Verschiebung eines Teils ihrer Aufgaben in den letzten fünf Jahren.

Die Gewerkschaftsbewegung der Jahre 1918—1924 kannte zwar die Wirtschaftsdemokratie und die wirtschaftliche Arbeit in den Selbstverwaltungskörpern und Arbeitsgemeinschaften. Die christliche Gewerkschaftsbewegung sah darin eine grundsätzliche Notwendigkeit, die sozialistische eine taktische Möglichkeit mit dem Hintertürchen des Klassenkampfes. Das Unternehmerlager erblickte meistens darin eine Versicherung gegen Hagelschlag. Das Jahr 1924 und die Lage nach dem Londoner Abkommen haben den christlichen Gewerkschaften in ihrer Stellungnahme recht gegeben. Ist es nicht möglich, für das nächste Jahrzehnt ein ersprießliches Zusammenarbeiten der verschiedenen Stände und Schichten in Deutschland herauszubringen, sind wir nicht nur nicht in der Lage, das Londoner Abkommen zu erfüllen, sondern werden durch die einsetzenden sozialen Kämpfe geradezu in ein wirtschaftliches Chaos getrieben.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat zur Durchführung dessen ebenfalls eine vertiefte Grundlage zu suchen. Es kommt für sie darauf an

1. aus dem Nur-Konsumentenstandpunkt, den sie weniger äußerlich, aber sehr oft innerlich vertreten hat, aus der bloßen Lohninteressenpolitik heraufzusteigen zum verantwortlichen Mitträger der Produktion, der voller Verantwortung in der Wirtschaft steht und der durch Genossenschaften und Banken gestaltenden Einfluß auf die wirtschaftlichen Kräfte gewinnen muß.
2. Aus dem bloßen berufsegoistischen Standpunkt, der sehr oft mit dem Berufsproduzentenegoismus zusammenfällt, hineinzuwachsen in den Gedanken, daß der Beruf nur ein Teil des Ganzen und das Sonderinteresse des Berufes unter dem Gesamtinteresse steht.
3. Eine Verbindung herzustellen zwischen rationeller Arbeitswirtschaft und Menschenökonomie.
4. eine festere innere und äußere Position herauszuarbeiten, da die Gewerkschaften in der Zukunft manche Staatseinflüsse entbehren werden, durch die sie früher ihren berechtigten Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen in der Lage waren. Demgegenüber wird der Einfluß der Unternehmerorgane beim „Generalagent" wahrscheinlich wachsen, genau so, wie es in Oesterreich auch geschehen ist. Der Gedanke der gewerkschaftlichen Selbsthilfe muß daher verdoppelt werden.

Es besteht kein Zweifel, daß in den oben angegebenen Punkten nicht nur andere Stände schöne Worte gemacht haben; die Durchführung wird der gesamten deutschen Gewerkschaftsbewegung noch manche Nuß zu knacken geben. Zwar hat ohne Frage die christliche Gewerkschaftsbewegung darin vor den andern einen Vorsprung, weil sie grundsätzlich ihre Mitglieder nicht anders umzustellen braucht. Die sozialistischen Gewerkschaften müssen ihre Anhänger fast auf jedem Gebiet von gegenteiligen Ansichten erst loszulösen versuchen.

Bei der vorliegenden Gesamtsituation wird die unpopuläre Mission der echten Führer nicht kleiner und die zu leistende Qualitätsarbeit der Führer an der Erziehung der Massen wird nicht geringer. In solchen Momenten zeigt es sich scharf, daß nicht derjenige ein Führer ist, der sich führen läßt von Stimmungen und Leidenschaften der hinter ihm Stehenden, sondern der sich von seinem Gewissen und den wahren Interessen der Arbeiter leiten läßt.

Alle Organisationsmethoden sind gegeben durch den jeweiligen Lauf der Wirtschaft, sie bestimmt die Taktik und Technik im gewerkschaftlichen Leben, wenn sie auch auf die grundsätzliche Stellung keinen Einfluß auszuüben braucht. Die kommende Zeit ist am schlechtesten geeignet für nur-agitatorische Bewggründe; diese müssen vollständig zurücktreten vor den sachlichen Beurteilungen. Unter nur-agitatorischen Gründen ist hier nicht die Werbearbeit zu verstehen, sie muß vielmehr noch viel intensiver betrieben werden, als es bis jetzt der Fall war, sondern das durch gewisse Dogmen — Klassenkampf, Produktionskontrolle usw. — eingeengte Blickfeld.

Heute gilt es, endlich allgemein den Sprung aus der Agitationsphäre in die Betriebsdemokratie zu tun, den die christlichen Gewerkschaften innerlich schon vollzogen haben und ohne deren Tätigkeit wahrscheinlich manche Errungenschaften schon längst wieder beim alten Eisen lägen. Eine Betriebsdemokratie bedeutet mehr als Betriebsräte, sie bedeutet die „Verankerung" des Arbeiters als Menschen im Arbeitsprozeß und die Loslösung seiner Arbeitskraft aus dem Begriff der „Ware" in den eines Faktors, der aus kulturellem und sozialem Boden sich ergibt, und damit auch der rechtlichen Konsequenzen usw., die daraus hervorgehen.

Die Gewerkschaften der Zukunft werden anders zur Produktionspolitik stehen müssen, als es vielfach in der Vergangenheit der Fall war. Der marxistische Sozialismus führte von der Produktivität ab, denn er ist im Grunde genommen nur eine Idee der Verteilung. Sein Ringen geht zunächst um eine anders geartete Verteilung der Erträge, nicht aber um Produktion und Produktivität. Diese falsche Einstellung zur Produktion war es auch, die Legien veranlaßte, eine Steigerung der Löhne zu erreichen durch Niederdruck der Produktion, während die Anschauung der christlichen Gewerkschaften eine Erhöhung des Lebensstandards erwartete von der Steigerung der Produktion. Der Druck des Londoner Abkommens wird die Gewerkschaften dahin bestimmen müssen, aus der Wirtschaft soviel herauszuholen, als eben möglich ist. Der Schnittpunkt der Interessen der Gewerkschaften und der Unternehmer wird da liegen, wo sich der sog. wirtschaftliche Arbeitstag und der sanitäre Arbeitstag kreuzen.

Unter dem sogenannten wirtschaftlichen Arbeitstag ist hier die Forderung des Unternehmertums verstanden, auf Kosten der Arbeiterschaft die Produktion zu steigern ohne Rücksicht auf Länge der Arbeitszeit. Der sanitäre Arbeitstag geht von dem Gedanken aus, daß zwar auch die Gesamtwirtschaft leben muß und ihre Forderungen erfüllt werden; daß dieses jedoch nicht geschehen darf durch Raubbau an der Arbeitskraft.

Bei der bekannten Politik der deutschen Arbeitgeberverbände wird man den wirtschaftlichen Arbeitstag auf Kosten des sanitären zu erweitern suchen. Man ist zu sehr geneigt, das Weniger an Leistung der Arbeitsmittel durch größere Anspannung des Arbeiters herauszuholen. Da setzt der Raubbau ein und gegen diesen muß sich die Gewerkschaftsbewegung bei möglichstem Einsetzen für die Produktionspolitik unter allen Umständen wehren.

Wenn man bedenkt, daß die Schwerindustrie, (Steinkohle, Braunkohle, Schwereisenindustrie und Kali) durch das Londoner Abkommen mit 20 Prozent der gesamten Industrielasten belegt ist, Metallindustrie, Elektroindustrie und Maschinenindustrie 18 Prozent, chemische Industrie 10 Prozent, Textilindustrie 7 Prozent, so mögen sich diese Gruppen samt ihren Arbeitern mit Recht gegen einen solchen Verteilungsschlüssel wenden und eine gerechtere Verteilung fordern, aber die Tatsache liegt vorläufig vor, und wir haben darunter zu arbeiten. Diese Belastung drückt das Unternehmen und die Arbeiterschaft, und es wäre in einem solchen Augenblick von beiden Seiten nichts unsinniger, als Klassenkampfideen von oben oder unten zu praktizieren. Wie wir aus dieser Situation ohne wirkliche Arbeitsgemeinschaft herauskommen sollen, ist ein Rätsel.

Aber gerade bei diesem Punkt wird das Ringen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft einsetzen. Die Syndizi der Arbeitgeberverbände sehen heute leider ihre Aufgabe vielfach darin, die nach der Ruhraktion nicht erreichten diktatorischen Ziele durch fortwährende Einzelangriffe zu gewinnen. Sie sind Gegner der Sozialpolitik, sie sabotieren den Tarifgedanken, das Betriebsrätegesetz und Schlichtungswesen und die Unternehmerverbände legten gegen die Arbeitslosenversicherung ihr Veto ein. Die Politik von Stinnes wird von seinen Epigonen ungeschickter, aber zweifellos brutal-ehrlicher fortgesetzt.

Die Arbeiterschaft muß sich darüber klar sein, daß Erfolge für sie durch Politik wenig oder gar nicht erreichen sind. Der Staat kann eben, zumal wenn er unter „Geschäftsaufsicht" steht, nicht allzuviel leisten. Herrschen werden in der Zukuft nicht vornehmlich die Parteien, Reichstag oder Landtag, sondern herrschen wird die Staatsbürokratie, die die Verhandlungen mit der Kontrollkommission führt. Der Einfluß der Wirtschaftsmächte auf diesen Weg ist aber nicht zu unterschätzen. Es hat also keinen Zweck, sich einfach auf den Staat zu verlassen, wenn auch in manchem der Staat helfend zur Seite stehen kann. Auch der Sozialist muß wissen, daß die nach seinem Begriff „schönen Tage von Aranjuez" der Jahre 19 und 20 endgültig vorbei sind. Die Arbeiterschaft wird nur durch die Selbsthilfe der Gewerkschaften ihr Recht behaupten können.

Wenn auch die Frage des „wirtschaftlichen" oder „sanitären" Arbeitstages dem sozialen Ringen der Zukunft seinen Stempel aufdrücken wird, so wird doch auch die Lohnfrage entscheidend die Situation beherrschen. Es dürfte für die nächste Zeit nicht das größere Ziel sein, den Nominallohn zu steigern, als vielmehr durch Senkung der Preise eine Kräftigung des Reallohnes zu erreichen. In Wirklichkeit muß eine gesunde Lohnpolitik doch immer zunächst auf eine Reallohnpolitik hinauslaufen. Mit der bloßen Tarifpolitik wird die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft nicht auskommen. Gerade in der Lohnpolitik müssen die verschiedenen Berufsgruppen zu einem besseren Zusammenwirken und zu einheitlichen Zielen kommen. Das Verderblichste ist, wenn eine Gruppe aus Berufsegoismus und falsch verstandenen Produzenteninteresse auf Kosten der andern Lohn- oder Arbeitszeitpolitik macht.

Die Arbeiterschaft ahnt instinktiv, daß viele Kräfte am Werke sind, die Lasten einseitig zu verteilen. Daß unter einer solchen einseitigen Lastenverteilung die ungelernte Arbeiterschaft am härtesten zu tragen haben würde, ist eine bittere Tatsache. Deshalb ergibt sich auch für die Gewerkschaftsbewegung nach dieser Seite hin eine Schwenkung. Die Gewerkschaftsarbeit von morgen kann sich in erster Linie nicht so sehr auf die Qualitätsarbeiter einstellen, sondern sie wird ihren Hauptschutz und ihre Hauptaufgabe den gedrücktesten, den ungelernten Arbeitern zu leihen haben.

Verschiedene Andeutungen sprechen dafür, als ob von klassenkämpferischer Seite versucht werden sollte, eine scharfe Kampfposition herauszustellen. Es wäre nichts falscher, als in dieser gewiß nicht rosigen Situation eine Alles- oder Nichtspolitik zu betreiben. Die Vertretung der Arbeiterinteressen wird vielmehr durchgängig durch eine kluge, vorsichtige, ausweichende Politik durch Verhandlungen zu erreichen versucht werden müssen.

Die verschiedene Lagerung des sozialen Kräfteverhältnisses bedingt, daß die Arbeiterschaft in dem Maß ihre Lohn- und Sozialpolitik durchschlagender vertreten kann, je mehr sie sich 1. vom Konsumenten zum Produzenten selbst durchringt durch Konsumgenossenschaften, Produktivgenossenschaften, Banken und 2. durch diese Beeinflussung des Marktes selbst zu innerer Verantwortung gegenüber der Wirtschaft gelangt. Auch der Mitbesitz wird nur das Mittel zum Zweck sein, durch Einfluß, durch technische Vervollkommnung, durch Hygienisierung der Betriebe, mitbeizutragen zur Festigung einer sozialeren Grundeinstellung in der Gesamtwirtschaft. Dem Gedanken soll auch nur die Arbeitsgemeinschaft dienen.

Bei alledem müssen die Kollegen stets eingedenk sein, daß ihre Position nur dann gefestigt ist, wenn sie ihre Organisation ideell und finanziell auf das Beste ausbauen. Dann werden sie auch den Stürmen der Zukunft ruhig ins Auge sehen können.

Anzeichen wirtschaftlicher Besserung

Allmählich macht sich auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt doch ein Umschwung zum Besseren bemerkbar. Bei manchen Industriegruppen und -zweigen reden die Fachblätter von einer „Belebung". Es ist klar, daß sich eine solche Belebung nicht von heute auf morgen vollzieht, aber wenn nicht alles trügt, ist der tiefste Punkt überwunden und es geht aufwärts.

Auf dem Eisenmarkt — so schreibt die Bergwerkszeitung vom 22. Oktober — macht sich eine kleine Belebung bemerkbar. Die Nachfrage hat stark eingesetzt und die Werke haben erhebliche Aufträge hereinnehmen können."

Auf dem Metallmarkt hat lt. Kölner Ztg. vom 25. Okt. eine leichte Besserung eingesetzt. Der springende Punkt war die größere Bereitwilligkeit der überseeischen Lieferanten, die Kreditbedingungen für deutsche Abnehmer zu erleichtern. Sodann kommt der steigende Bedarf der metallverarbeitenden Industrien in Rheinland-Westfalen und Süddeutschland als anregendes Element hinzu. Das ist Beweis dafür, daß die metallverarbeitende Industrie stärker anzieht.

Auch auf dem Werkzeugmarkt ist nach der Bergwerks-Ztg. v. 30. 10. eine Besserung zu verzeichnen. Der Auftragseingang ist wesentlich höher als im Monat September. Die Fachkreise sind der Ansicht, daß die größe Krise in der Werkzeugindustrie nunmehr überstanden sei.

Die mitteldeutsche und norddeutsche Eisen-hütten-, Bleihütten- und Maschinen-Industrie konnte zum großen Teil, von einigen Bezirken noch abgesehen, ihre gedämpften Hochöfen wieder anblasen. Die Bleiindustrie meldet sogar, daß Absatzmöglichkeit und Verkaufspreise einen ausreichenden Gewinn ermöglichen. Wie steht es mit dem Lohn?

Es macht sich also eine leichte Besserung bemerkbar. Das Unternehmertum ist aber leichten Kaufes vorläufig noch nicht geneigt, die Arbeiterschaft an der Besserung teilnehmen zu lassen. Die Metallarbeiterschaft wird durch ihre Selbsthilfe, den Christlichen Metallarbeiterverband, sich bessere Verhältnisse erringen müssen. Aber zum Kämpfen gehören eine starke, lebendige Organisation und eine gefüllte Verbandskasse. Zur Erreichung dieses Zieles müssen alle Kollegen beitragen, denn es geht ja um ihre eigene Besserstellung.

Erfolgreiche Lohnbewegungen

Im Kleingewerbe in Frankfurt a. M. konnte der Stundenlohn von 0,55 ℳ in der Spitze auf 0,70 ℳ erhöht werden. Die Erhöhung erfolgte, da die Arbeitgeber den Antrag der Organisationen ablehnten, durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, dem sich nach anfänglichem Widerstand die überwiegende Mehrzahl der Arbeitgeber fügte.

In der Großindustrie in Frankfurt a. M. wurde durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses der Spitzenlohn von 0,55 ℳ auf 0,60 ℳ erhöht.

In Gruppe Nordwest wurde durch verbindlich erklärten Schiedsspruch der Spitzenlohn um 4 Pfennig pro Stunde erhöht.

In der Mannheimer Metallindustrie erfolgte eine Lohnerhöhung um 3 Pfennig pro Stunde.

In der Bayerischen Provinzmetallindustrie konnten die Kollegen einen Lohnerfolg von 2,6 Pfennig pro Stunde buchen.

Firma Thyssen Mülheim-Ruhr. Eine von der Organisation gegen die Firma Thyssen wegen ungerechter Entlassung und Lohnausfall durchgeführte Klage erbrachte der Arbeiterschaft eine Summe von 300 000 Goldmark.

Die Kollegen sehen an den angeführten Beispielen, daß Gewerkschaftsarbeit erfolgreich ist. Hoffentlich zieht die Arbeiterschaft daraus die richtige Konsequenz.

Achtstundentag und Sozialpolitik

Auf dem Zentrumsparteitag erklärte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, daß es kein Zurück auf dem Gebiet der Sozialpolitik geben kann. Es sei auch keine Revision der Arbeitszeit geplant, sondern lediglich eine Wiederherstellung des Zustandes, wie er vor der kritischen Zeit des Zustandekommens des Arbeitszeitabkommens vom vergangenen Winter geherrscht habe. Ebensowenig wie er einen schematischen Achtstundentag anerkenne, werde er, so erklärte der Redner, einen schematischen Zehn- und Zwölfstundentag zulassen. Die Gefahr einer Wirtschaftskrise liege auch nicht in der Lohnfrage, wie in einem Artikel der „Berliner Börsenzeitung" behauptet wird, denn in der Arbeiterschaft sei heute noch nicht der Reallohn der Friedenszeit üblich. Die Gefahr einer Wirtschaftskrise liege vielmehr in der Preispolitik, die von vielen Wirtschaftszweigen noch jetzt zu übermäßigen Gewinnen ausgenutzt werde, wobei der Minister anerkennend hervorhob, daß die Kohlen- und Eisenindustrie sich bezüglich des Preisabbaues bemüht habe, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Aber solange noch eine Kartellpolitik sich geltend mache, die noch jetzt 30 vom Hundert im Großhandel Aufschlag verlange, könnten die Arbeiter unmöglich mit ihren jetzigen Löhnen auskommen. Es läge die Gefahr vor, daß die von gewisser Seite propagierte Werksgemeinschaft uns in die Zeiten der „gelben" Organisationen zurückführen könne. Unbedingt beibehalten werden müsse die Arbeitslosen-, Invaliden- und Unfallversicherung.

Löhne und Preise

Das Gerede über dies Kapitel will nicht zur Ruhe kommen. Unbestritten sind bis jetzt 2 Dinge und zwar zunächst das Vorhandensein einer Preissteigerung und das Streben der betroffenen Volkskreise einen Ausgleich herbeizuführen. Jetzt ist nun einerseits das Unternehmertum am Werke, um die Auswirkungen einer Lohnsteigerung für Wirtschaft und Währung möglichst grau in grau zu malen und anderseits ist insbesondere der Handel eifrig bemüht, die Ursachen der Preissteigerung mit allen möglichen Lasten zu begründen und die eignen Hände in Unschuld zu waschen.

Es ist selbstverständlich, daß die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im Streit gegen Lohnerhöhungen nicht fehlen durfte. In einer Kundgebung, die in der Unternehmerpresse als „Warnung" der Arbeitgebervereinigung bezeichnet wird, wird das schwerste Geschütz gegen die Heraufsetzung der Löhne angefahren. Eine allgemeine Lohnerhöhung müsse die Gesundung der Wirtschaft hemmen, jede Preisabbauaktion unmöglich machen und zu einer neuen Inflation führen. Zudem habe die Lohnstatistik des Statistischen Reichsamts doch erst kürzlich festgestellt, daß der Reallohn des deutschen, ungelernten Arbeiters im Durchschnitt 104 Prozent des Friedenslohnes betrage und somit eine bessere Lebenshaltung wie in der Vorkriegszeit gestalte. Das schreibt die Arbeitgebervereinigung, trotzdem sie selbst betont, daß im bisherigen Oktoberdurchschnitt eine Steigerung des Lebenshaltungsindex auf 121,5 Prozent eingetreten sei, die aber in der Zwischenzeit auf 126 Prozent geklettert ist, sodaß der Lohn der am besten gesteigerten Arbeitergruppe um über 20 Prozent hinter dieser Steigerung zurückbleibt. Natürlich bleibt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht allein. Auf der Gründungstagung des Reichsverbandes der deutschen Metallwarenindustrie verlangte Syndikus Lübecke, Berlin nach dem Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung Nr. 802 zur Senkung der Gestehungskosten Herabsenkung angezogener Löhne. Den Vogel schießt ein Industrieller ab, der in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung" „die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne durch Senkung der Löhne erzielen will.

Es gibt eben nach Ansicht dieser Herrschaften nur einen einzigen Weg zum Aufstieg und das ist der Weg über den Rücken des Arbeiters. So können die Dinge natürlich nicht gehen. Die Arbeiterschaft ist nicht erpicht darauf, schließlich einige Pfennige Lohn mehr zu erhalten. Das ist nicht der Sinn ihres Strebens nach einem Ausgleich, sondern sie will mit ihrem Lohn sich die Möglichkeit zu menschenwürdiger Lebenshaltung schaffen. Und da gibt es nur zwei Wege: entweder Erhöhung des Lohnes, oder Senkung der Preise.

In letzterer Hinsicht wird ja auch heute allerhand geredet und geschrieben. Tatsache ist, daß einerseits der Handel noch zu sehr übersetzt ist. Wenn in Berlin 1913 31000 und 1923 60 000 eingetragene Handelsfirmen vorhanden waren, also die doppelte Zahl, so ist das ein Schulbeispiel dafür, in welchem Maße heute auf Kosten der breiten Masse gesündigt wird. Anderseits ist heute in den Kreisen des Handels das Gewinnstreben noch zu stark. Man begnügt sich nicht mehr dem Gewinnanteil der Vorkriegszeit. Wenn heute z. B. beim Schweinefleisch die Spanne zwischen Lebend- und Schlachtgewichtspreis 71 Prozent gegen 18 Prozent der Vorkriegszeit und beim Rindfleisch gar 130 Prozent gegen 63 Prozent beträgt, so zeigt dieses eine Beispiel, daß alle andern Redensarten von Belastung und sog. „unsichtbaren Faktoren der Teuerung" nur eben Redensarten sind. Wie furchtbar naiv man das Volk einschätzt, geht aus einer Darlegung eines Herrn Dr. Plümpe, Düsseldorf, in einer bedeutenden Tageszeitung am Niederrhein hervor, der folgende Belastungstabelle für den Umsatz bringt:

	1913	1924
1. Einkommensteuer	0,23 Proz.	1,92 Proz.
2. Gewerbesteuer	0,12 Proz.	2,02 Proz.
3. Grund- und Gebäudesteuer	0,08 Proz.	0,37 Proz.
4. Entwässerungs-, Kanal- und Straßenreinigungsgebühren	0.02 Proz.	0,07 Proz.
5. Hauszinssteuer		0,34 Proz.
6. Umsatzsteuer		2,50 Proz.
	0,45 Proz.	7,22 Proz.

Diese Aufstellung muß ihm doch selbst etwas stark vorgekommen sein; denn er zieht nachher Einkommen- und Gewerbesteuer wieder ab. Wenn die Belastung des Umsatzes durch diese Dinge allgemein im Handel üblich sein sollte, dann ist das doppelt bezeichnend und würde nur dartun, wie sich der Handel steuerfrei zu machen versteht auf Kosten anderer Volkskreise. Nicht nur das, er würde ja einzelne Steuern doppelt herein holen z. B. die Hauszinssteuer durch seine Mieter und durch seine Kunden.

Das wäre eine geradezu unerhörte Methode. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung auf dem Posten zu sein und sich zu wehren gegen alle Bestrebungen, den Aufstieg nur auf ihre Kosten zu versuchen. Sie ist und soll nicht der Lastesel für das ganze Volk sein und sie wird um so eher sich eine anständige Lebenshaltung erringen, je fester sie sich im Christlichen Metallarbeiterverband zusammenfindet.

Und die Organisation hat doch einen Zweck

Ein Kollege, der 11 Jahre bei der Firma Maschinenfabrik Baum in Herne als Portier beschäftigt war, wurde am 12. April ds. Js. der Erwerbslosenfürsorge überwiesen, weil für ihn angeblich keine passende Beschäftigung vorhanden war, und dann am 27. Mai unter Angabe desselben nichtigen Grundes gekündigt. Dem Arbeiterrat, der mit der Firma dieserhalb verhandelte wurde rundweg erklärt: „Der Mann wird nicht wieder eingestellt!" Unser Verband klagte dann im Auftrag des Kollegen beim Arbeitsgericht und beantragte die Kündigung für unzulässig zu erklären, und ihn wieder einzustellen.

In der Verhandlung versuchte der Vertreter der Firma zunächst, wegen Nichtinnehaltens der im Betriebsrätegesetz vorgesehenen Fristen die Klage zu Fall zu bringen. Unsererseits wurde aber nachgewiesen, daß in der in Frage kommenden Zeit, die Umstellung im Arbeitsrecht erfolgte. Wir beantragten die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Das Gewerbegericht Herne als vorläufiges Arbeitsgericht trat unserm Standpunkt bei. Der Firmenvertreter sagte dann wieder sein sicher auswendig gelerntes Sprüchlein her, man habe für den Kläger keine passende Arbeit. Aber auch hiermit fand er beim Arbeitsgericht keinen Glauben. Wir vermochten nachzuweisen, daß die Firma den Kläger nur deshalb los werden wolle, weil er als Pförtner zu gewissenhaft war.

Das Arbeitsgericht entschied dann, daß die ausgesprochene Kündigung unzulässig sei, und der Kläger wieder in der früheren Stellung bei der Firma zu beschäftigen sei. Die Wiedereinstellung wurde von der Firma abgelehnt. Daraufhin beantragten wir, die höchste im Betriebsrätegesetz vorgesehene Entschädigung, von 6/12 des Jahresarbeitsverdienstes. Das Gericht entschied wiederum für uns. Die beklagte Firma wurde verurteilt an den Kläger 6/12 des Jahresarbeitsverdienstes gleich 675 Mark abzüglich 80 Mark, bereits früher gezahlt waren, also 595 Mark zu zahlen. Wer nun aber glaubte, daß die Beklagte nunmehr zahlen würde, der hatte sich geirrt. Unser Kollege mußte sich erst eine Abschrift des Urteils zum Zwecke der Zwangsvollstreckung vom Gewerbegericht geben lassen; dann erst zahlte die Firma.

Unsere Kollegen mögen daraus ersehen, was für ihre Interessenvertretung unser Christl. Metallarbeiterverband wert ist, und den Unorganisierten das Material um die Ohren schlagen. G. D.

Erfolgreicher Kampf um die Ferien

Augenblicklich machen manche Werke auf Betreiben der Syndici Mienen, die Ferien abzubauen oder keine Ferienvergütung zu zahlen. Solche Experimente müssen selbstverständlich zunächst im Reiche Klenters in Velbert-Neumann durchprobiert werden, wobei aber Klenter einen derartigen Nasenstüber bekam, daß er wohl vorläufig an seiner Ferensache genug hat. Es handelte sich um die Firma Neumann, Heidhausen, die wegen Nichtzahlung von Ferienvergütung vor dem Gewerbegericht in Velbert stand und in der Sitzung vom 16. Oktober 1924 kostenfällig verurteilt wurde. Da diese Angelegenheit weite Kreise unserer Kollegen interessieren dürfte, geben wir die Gründe des Gewerbegerichts Velbert wieder.

Gründe:

Das Gericht hat von der ihm durch § 148 Z. P. O. eingeräumten Befugnis keinen Gebrauch gemacht und den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens abgelehnt, weil es über die Vorfrage selbst zu entscheiden berechtigt ist und weil sich eine nicht zwingend gebotene Aussetzung des Verfahrens bis zur rechtskräftigen Entscheidung einer anderen Streitsache, die, wie im vorliegenden Falle, Jahre dauern kann (im gestellten Antrage ist auf die Möglichkeit eines ausgiebigen Instanzenzuges ausdrücklich hingewiesen), mit dem Charakter und den Aufgaben der Gewerbegerichte nicht in Einklang bringen läßt.

Das Gericht hat aber auch die Einrede der Rechtshängigkeit für unbegründet erachtet. Die letztere greift nur durch, wenn der nämliche Anspruch vorliegt, mithin in beiden Prozessen, wenn der gleiche Klagegrund in Frage steht. Träfe das hier zu, so käme für eine, die Einrede der Rechtshängigkeit begründende Klage nur das Gewerbegericht in Betracht und nicht etwa das Landgericht, denn nach § 6 G. G. wird durch die Zuständigkeit des Gewerbegerichts, die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen. Daß die am Landgericht anhängige Klage, wenn sie den gleichen Anspruch und Klagegrund betröfe, vor das Gewerbegericht gehörte, bedarf im Hinblick auf § 4 G. G., wonach die Gewerbegerichte ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes über Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis zu entscheiden hat, keiner näheren Begründung. Ist aber für die Feststellungsklage das Landgericht zuständig, so kann es sich eben nicht um den nämlichen Anspruch bzw. denselben Klagegrund, handeln. Ein anderer Anspruch steht (nach Dr. Petersen, Kommentar zur Z. P. O., Bem. 2 zu § 322) in Frage, wenn in einem Prozeß ein Schiedsspruch angefochten, im andern dessen Vollstreckung verlangt wird, und das trifft hier zu. Zudem darf aber auch (nach Dr. Petersen a. a. O., Bem. 10 zu § 263) aus der (negativen) Feststellungsklage einer Leistungsklage gegenüber nicht die Einrede der Rechtshängigkeit abgeleitet werden.

Nach alledem erschien dem Gericht die Einrede der Rechtshängigkeit nicht begründet, eine Abweisung der Klage aus diesem Grunde daher unzulässig.

Was nun den Anspruch des Klägers anlangt, so mußte dieser als Recht bestehend anerkannt werden. Der durch den zuständigen Schlichter am 5. 9. 1924 für verbindlich erklärte Tarifvertrag bestimmt in § 4, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Anspruch hat auf 6 Arbeitstage Ferien im Jahr, die derjenige Arbeitgeber zu gewähren und zu bezahlen hat, bei welchem der betreffende Arbeiter am 1. Juni im Arbeitsverhältnis stand. Zeitlohn- und Akkordarbeiter erhalten während der Ferien den tariflichen Stundenlohn ihrer Altersstufe und Gruppe.

Nun wird allerdings dieser Tarifvertrag von seiten der Beklagten für rechtsunwirksam gehalten, weil er in möglichster Weise

Unsere Jubiläumstagung

Die Ehrung der Jubilare

In der vorigen Nummer unseres Organs haben wir unsern Kollegen die machtvolle Kundgebung zum 25jährigen Bestehen unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes in der Tonhalle zu Duisburg am 19. Oktober geschildert. Am Nachmittag des gleichen Tages fand im Arbeiterheim, der geschichtlichen Stätte der christlichen Arbeiterschaft Duisburgs, die Ehrung der Jubilare statt.

War der Vormittag mehr der feierlichen, würdevollen Begehung des großen Tages in entsprechendem ruhigem und erhebendem Rahmen geweiht, so stand der Nachmittag eher im Zeichen familiären Zusammenseins. Kollege Wieber führte selbst den Vorsitz, um, wie er betonte, den Jungen zu zeigen, daß die Alten auch noch vorhanden seien. Außerdem lasse er sich das Zepter nicht nehmen, nun es gelte, die Alten zu ehren. Von den Gästen der Festversammlung in der Tonhalle waren auch jetzt wieder die meisten erschienen und tranken mit ihren Berufskollegen und Mitkämpfern in zwangloser Runde ein Glas Bier. Bürgermeister Regierungsrat Dr. Maiweg von der Stadtverwaltung, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, Minister a. D. Giesberts, und Adam Stegerwald, Prälat Dr. Müller, Prälat Limberg, Reichstagsabgeordneter Schirmer waren u. a. anwesend.

Unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber im Ehrenzeichen des Gregoriusordens, den er auf „Befehl" des Zentralvorstandes angelegt hatte, eröffnete die Festtagung und führte folgendes aus:

Wir haben heute in der Tonhalle einen Festakt vollzogen zu Ehren des 25jährigen Bestehens unseres christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Um unserer Jubilare, die 25 Jahre dem Verband die Treue gewahrt haben, in gebührender Weise zu gedenken, haben wir uns nun heute nachmittag hier versammelt. Die Ehrung soll in familiärer Weise geschehen. Der 2. Vorsitzende des Verbandes hat heute morgen das Regiment geführt. Aber hier lasse ich mir das Zepter nicht nehmen, um auch unseren jüngeren Kräften zu zeigen, daß die Alten noch da sind. Ich begrüße euch alle zugleich auch im Namen des Verbandes. Ganz besonders begrüße ich auch unsere jungen Mitglieder. Unser Freund Schmitz, der 2. Vorsitzende, wird in ganz besonderer Weise die Verdienste der Jubilare zu würdigen wissen und die Auszeichnungen vornehmen.

Stolz sind wir auf unsere Gesangabteilung. Stahlharte Männer sind es. Eine besondere Genugtuung ist es für uns, daß ein praktischer Metallarbeiter Dirigent unserer Sängerschar ist. Eine ihrer größten Tugenden ist es, daß sie ihre Arbeit so selbstlos in den Dienst der Sache stellen.

Nachdem Redner noch des erfolgreichen Auftretens der Sänger in Berlin und Köln gedacht hatte, forderte er die Gesangabteilung in herzlichen Worten auf, ihre Stimmen zur Verschönerung des Festes erschallen zu lassen.

Der Gesangchor des Christl. Metallarbeiterverbandes Essen trug nun unter Leitung des Kollegen Hengstebeck in wohlgelungener Weise den Chor „Schäfers Sonntagslied" vor. Dann ergriff der 2. Vorsitzende des Verbandes, Kollege Schmitz, das Wort und führte u. a. aus:

In der Festnummer unseres Verbandsorgans ist an einer Stelle in launiger Weise auf den „historischen Schleifstein" hingewiesen worden. Hier im [illegible] und hier wurden die alten Agitatoren und Vertrauensleute geschult. Und sie sind, gleich uns jüngeren, dankbar dafür gewesen. Ich richte diese Worte an die Versammlung, weil ich weiß, daß unsere Jubilare aus dem gleichen Schrot und Korn sind, wie unser Wieber. Es ist eine Ehrenpflicht, den Jubilaren Dank zu sagen und darzulegen, was sie unserem Verbande gegeben haben und was sie heute noch sind. 192 Kollegen waren es damals, die unserm Verbande beitraten oder Vereinen angehörten, die sich später unserer Organisation anschlossen. Aber die Liste unserer Jubilare ist noch nicht vollständig. So gehört auch unser Kollege Gronowski eigentlich zu den Jubilaren, wie ich heute morgen festgestellt habe. Wir werden noch manche Perle herausfinden. Redner gedachte dann der Agitations- und Pionierarbeit des Kollegen Verbandsvorsitzenden Wieber im hiesigen Industriegebiet, und wies darauf hin wie in allen Gauen Deutschlands damals der Gedanke der christlichen Arbeiterbewegung auflebte. Fortfahrend sagte der Redner dann: Wenn auch alle Jubilare wegen der weiten Entfernung nicht erschienen sind, so wissen wir doch, daß sie heute mit uns denken und fühlen. Das geht auch aus den zahlreichen Zuschriften hervor.

Was sind nun die Jubilare für uns? Sie sind Vorbilder an Mut und Entschlossenheit. Welcher Mut in der Tat notwendig war, um vor 25 Jahren das Banner der christlichen Arbeiterbewegung zu ergreifen, zeigt die wundersame Arbeitsordnung von damals, die sogar außerhalb der Betriebe in die Familienverhältnisse eingriff. Ferner ist ein Beweis für den Mut und die Entschlossenheit das Heer der Gemaßregelten, der Geächteten, die viele Monate von einem Fabrikkor zum anderen gingen und keine Arbeit finden konnten. In diesem Zusammenhang sind besonders die Namen: Wieber, Döring (Köln) und Ketzer zu nennen. In dieser Zeit die Organisation aufzurichten, dazu gehörte Mut und Entschlossenheit.

Das zweite Erfordernis war Bekennermut. Die sozialistische Presse nannte die neugegründete Bewegung ein totgeborenes Kind und doch bekämpfte sie das Kind, das nach ihrer Auffassung nicht lebte, mit allen Mitteln. Da ist es nun das Verdienst der Jubilare, auf der Arbeitsstelle mutig den Kampf um die Idee unserer Bewegung aufgenommen zu haben.

Ferner haben unsere Jubilare Opferwilligkeit in der gewerkschaftlichen Mitarbeit bewiesen. Es muß festgestellt werden, daß die Alten in materieller Hinsicht mehr Opfer gebracht haben, als die heutige Generation. Heftige Kämpfe und Streiks waren damals durchzuführen. Es hat Zeiten gegeben, wo in jeder Woche zwei- bis viermal die Sammellisten kursierten. Wenn einer durch Krankheit, Unglücksfall oder Aussperrung in Not und Elend geraten war, sofort offenbarte sich die Hilfsbereitschaft der Kollegen.

Ein weiteres Vorbild muß für uns sein die hervorragende Mitarbeit der Alten in der Bewegung. Sie haben in schweren Zeiten immer wieder die Fahne aufgegriffen. Die Alten sind es stets gewesen, die in die Bresche eingesprungen sind, um die Organisation aufrecht zu erhalten.

Schließlich muß uns voranleuchten das Vorbild, das uns die Jubilare durch ihre Treue und Einigkeit gegeben haben. Die heutige Generation muß lernen von den Alten. Wenn es damals etwas durchzufechten galt, da wurde nicht lange überlegt. Wenn die alten Führer riefen, rückten die Reihen geschlossen zusammen. Da wurden die Ellenbogen steif gemacht, wenn man versuchte, gegen die Organisation anzustürmen. Dieser Geist der Solidarität muß von neuem wieder entfacht werden. Treffend beleuchtet die Kraftquelle der Einigkeit der Spruch am deutschen Eck in Koblenz:

Nimmer wird das Reich zerstöret,
Wenn ihr einig seid und treu.

Diese Einigkeit soll uns Kraft geben, unsere Bewegung vorwärts zu bringen.

Der Dank des Vorstandes an die Jubilare ruht in unseren Herzen. Nehmen Sie die ehrliche Versicherung: Dieser Dank hat ein Denkmal in unseren Herzen errichtet, das niemals zerfallen wird.

Kollege Wieber dankte mit folgenden Worten: Ich spreche namens der Jubilare den herzlichen Dank aus. Unser Freund Schmitz hat begeisternde Worte gesprochen, die aber auch eine Mahnung für die jüngeren Kollegen sein sollen. Ich will hoffen, daß die Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Schließlich gedachte der Redner noch seiner Gemahlin und schilderte, bisweilen in humorvoller Weise, wie seine Frau in all den Jahren ihm eine treue Gefährtin und Mitarbeiterin, besonders in den ersten fünf Jahren, gewesen sei.

Sie sei auch die erste ehrenamtliche Sekretärin des Verbandes gewesen. Ohne sie sei es ihm niemals möglich gewesen, 40 Jahre lang zu leisten, was er geleistet habe. Sie sei ihm Frau und den Kindern Mutter gewesen, in einem Haushalt ohne Dienstboten, und das unter schwersten Verhältnissen. Alle Kollegenfrauen hätten stille und entsagungsvolle Opfer zu bringen und stets gebracht, dessen müsse heute gedacht werden.

Darauf folgte die Ehrung der Jubilare, die eine Verbandsvorstecknadel und das ausgezeichnete Diplom erhielten, das wir in Verkleinerung in der vorigen Nummer zum Abdruck brachten. Es war eine weihevolle Stunde, als die Alten, einer nach dem andern, Diplom und Nadel erhielten.

Zwei wundervolle Lieder des Chores schlossen den ernsteren Teil des Zusammenseins: „Die Vesper" und „Die gebundene Nachtigall". Dann wurde die Stimmung allgemein recht froh und gemütlich. Ganz besondere Freude wurde unserm Kollegen Wieber zuteil, als ihm einige Kollegen eine Reihe von Ehrengeschenken überreichten: Sein Geburtshaus in Oel gemalt, den Ehrendegen zum Gregoriusorden (von Solinger Metallarbeitern hergestellt), Schinken, Pumpernickel und Steinhäger aus Westfalen, ein Ehrengeschenk für Frau Wieber, Blumen und anderes mehr. Helle Freude sprach aus aller Mienen und Worten, rauschender Beifall durchbrauste den Saal.

Es war ein köstliches Bild, als der „Alte" in der einen Hand den Degen und mit der anderen auf die Steinhägerflasche zeigend, sagte: „Ja, glaubt ihr jungen Kerle (nb. 40- und 50jährige) denn, dadurch den Alten in Mißkredit bringen zu können, daß ihr ausgerechnet ihm eine Flasche Schnaps überreicht?"

Die frohe Stimmung wuchs, der Gesangchor tat mit einigen lustigen neckischen Liedervorträgen (Schneiders Höllenfahrt, Das wachsame Hähnchen, der durstige Müller, Weinlied, Tanzliedchen, Schwarzbraune Hanne u. a.) das seine, es herrschte ein frischer, zuversichtlicher, froher und doch würdiger Geist in der Versammlung, der sich allen Teilnehmern mitteilte. Er kam auch in den Ausführungen einiger Redner zum Ausdruck, die noch Glückwünsche und Treugelöbnisse zu übermitteln hatten. Es sprachen noch Kloft-Essen, der der Belastungsproben gedachte, die der Verband besonders in den letzten Monaten überstanden habe und den Spruch zitierte: „Enkel mögen kraftvoll walten, schwer Errungenes zu erhalten!"; Prälat Limberg, der bereits vor dreißig Jahren in der christlichen Bewegung mitarbeitete, und früher einmal als der „roteste der Roten", als „Hetzkaplan" verschrien war; es sprach Reichstagsabgeordneter Schirmer, der den weiten Weg von München nicht gescheut, um die Zusammengehörigkeit zwischen Nord und Süd, Ost und West zu dokumentieren, Jankowski, der vom Osten kam und den gleichen Gedanken zum Ausdruck brachte. Der Sekretär der katholischen Arbeitervereine Groß-Duisburgs Koentzgen, wies darauf hin, daß Herr Wieber auch noch Vorsitzender dieser Vereine sei und auch dieses Amt 25 Jahre bekleide. Schließlich hob der Jubilar Döring allgemein das Verdienst der Frauen der Jubilare ins rechte Licht und übergab dem jungen Nachwuchs im Auftrag de Jubilare den Metallarbeiterverband gewissermaßen als Vermächtnis, das sie weiterhin zu hegen und zu pflegen haben.

Es war ein großer und erhebender Tag; ein Tag, der so recht tief ins Innerste faßte und alle teilnehmenden Kollegen mit der ganzen Glut, dem ganzen Wollen erfüllte, alle ihre Kräfte für den christlichen Metallarbeiterverband einzusetzen. Jetzt gilt es, den mächtigen Geist der Tagung hinauszutragen in die Betriebe und die Herzen der Kollegen. Denn nur in einem starken christlichen Metallarbeiterverband sind die Interessen der christlichen Metallarbeiter wirklich geschützt.

zwingende gesetzliche Vorschriften und klare, eindeutige Kundgebungen des Reichsarbeitsministers verletze. Gegen welche gesetzlichen Bestimmungen Schlichtungsausschuß und Schlichter verstoßen haben sollen, hat die Beklagte nicht näher bezeichnet und auch auf Befragen sich nicht darüber geäußert. Das Gericht ist daher außerstande, nachzuprüfen, ob die Behauptungen der Beklagten den Tatsachen entsprechen oder nicht. Sollten jedoch damit die Einwendungen gemeint sein, die der Schlichter in seiner Begründung der Verbindlichkeitserklärung bereits widerlegt hat, so soll ausdrücklich betont werden, daß das Gericht die Auffassung des Schlichters vollinhaltlich teil und aus den gleichen Gründen, wie der Schlichter, den Schiedsspruch und damit den Tarifvertrag als rechtswirksam ansieht. Der Anspruch des Klägers auf Ferien und dessen Bezahlung ist deshalb begründet.

Ueber die Höhe der Vergütung kann nach dem klaren Wortlaut des Tarifvertrages kein Zweifel aufkommen. Zugrunde zu legen ist die gesetzliche Arbeitszeit (Vergl. § 1 des Tarifvertrages) 6 Tage gleich 48 Stunden. Akkordarbeiter genießen gegenüber den Zeitlohnarbeitern nach § 4 Absatz 3 keinen Vorzug. Dem Kläger war daher der im Urteil festgelegte Betrag zuzuerkennen.

Der Beklagten nachzulassen, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung abzuwenden sieht das Gericht weder einen Grund noch hat es eine Handhabe dafür, weil es sich um eine kontradiktorisches Endurteil handelt, dessen Streitgegenstand unter Mark 100.— beträgt, also rechtskräftig ist.

Ob die Arbeiterschaft das ohne Gewerkschaftsbewegung erreicht hätte?

Wegelagerer

Nein, die Leute gibt es nicht nur in den Abruzzen oder auf dem Balkan. In Deutschland leben sie auch und zwar sind es jene Gestalten, die selbst Arbeiter, ihre Arbeitskollegen wegen ihrer christlichen Ueberzeugung um Lohn und Brot bringen und terrorisieren. Das sozialistische Lager stellt das Gros solcher Gesellen. Augenblicklich haben wir in Bonn folgenden infamen Terrorakt zu verzeichnen. Zwei Heizungsmonteure und ein Helfer, die früher beim sozialistischen Metallarbeiterverband organisiert waren traten im September dieses Jahres zum christlichen Metallarbeiterverband über. Sie arbeiteten bei der Firma Radiator in Bonn, deren Arbeiter zum großen Teil im sozialistischen Metallarbeiterverband organisiert sind. Am 13. 10. wurde eine „Kommission" von 3 Mann vorstellig bei der Firma und erklärte, die Belegschaft würde nicht eher die Arbeit wieder aufnehmen, als bis drei „Christlichen" entlassen sein. Eine Begründung konnten die Herrschaften nicht vorbringen. Die Ortsleitung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes erklärte auf Anfrage, die Sache hätte mit Organisationszugehörigkeit nichts zu tun, es lägen andere Gründe vor, die sie aber schamhaft verschwieg. Ueber unsere Koellgen war nichts Nachteiliges zu erfahren, die Firma war mit ihnen zufrieden und in ihren Heimatsorten bekleiden sie Ehrenämter. Am 14. 10. gab die Firma dem sozialistischen Druck nach und entließ die drei Kollegen, die in einer anderen Heizungsfirma untergebracht wurden.

Die Sache hat ein gerichtliches Nachspiel. Sie wurde vom Christlichen Metallarbeiterverband sofort der Staatsanwaltschaft übergeben und gegen die „Kommission" Strafantrag und Klage auf Schadenersatz gestellt. Den Kollegen wird selbstverständlich Rechtschutz gewährt. Es wäre doch noch schöner, wenn unsere Kollegen in gewissen Betrieben vogelfrei sein sollten. Den roten Terrorburschen soll das erbärmliche Handwerk schon ganz gründlich gelegt werden. Das Gericht dürfte dabei auch die Frage anschneiden, ob und inwieweit bei dem Terrorakt die Ortsverwaltung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes eine Rolle spielte. Sollte das zutreffen, werden wir schon alles daransetzen, um ihr nach der Seite hin gründlich auf die Finger zu klopfen.

Mitglieder der christlichen Gewerkschaften!

Die in Köln aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften veranstaltete Kundgebung war ein machtvolles und weithin beachtetes Treuebekenntnis zu unseren Grundsätzen. Eine erfolgreiche gewerkschaftliche Auswertung der Kölner Tagung ist durch die inzwischen erfolgte Auflösung des Reichstages stark behindert. Ein Wahlkampf mit all seinen üblen Begleiterscheinungen steht uns bevor. Entsprechend der parteipolitischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften ist bei diesem Wahlkampf darauf zu achten, daß die Parteipolitik von allen gewerkschaftlichen Veranstaltungen ferngehalten wird. Es liegt aber andererseits im Wesen und im Programm unserer Bewegung, wenn unsere Mitglieder innerhalb der einzelnen Parteien darauf drängen, im kommenden Wahlkampf

das Einigende in den Vordergrund zu stellen

und den Wahlkampf ohne Gehässigkeit und gegenseitige Verhetzung zu führen.

Im übrigen wollen wir uns durch den Wahlkampf von der entschiedenen Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft nicht abbringen lassen. Es darf durch die Wahlbewegung nicht das Interesse für die Nöte und Sorgen, die insbesondere den Arbeiterstand bedrängen, erlahmen, der Glaube, daß mit dem Stimmzettel zugleich auch alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen gelöst werden können, hat sich als trügerisch erwiesen. Mehr denn je kommt es jetzt wieder auf die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften an.

Ein Rückblick auf die verflossenen 25 Jahre unserer gewerkschaftlichen Arbeit berechtigt zu der Feststellung, daß die seitherige Arbeit erfolgreich gewesen ist. Durch die Gewerkschaftsbewegung ist der Arbeiterschaft auf staatlichem und gesellschaftlichem Gebiete die Gleichberechtigung und auf wirtschaftlichem Gebiete ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht errungen worden.

Die gegenwärtige Zeit stellt neue und vermehrte Aufgaben an uns. Die durch den verlorenen Weltkrieg auf dem deutschen Volke ruhenden Lasten müssen eine gerechte Verteilung erfahren. Der Arbeiterstand darf

nicht zum Lastträger für die anderen Volksschichten

gemacht werden. Die Not der Arbeiterschaft ist heute ohnehin ungeheuer groß. Hunderttausende drückt bittere Arbeitslosigkeit. Das Lohneinkommen steht in schreiendem Mißverhältnis zu Preisen, deren Höhe sich vielfach in keiner Weise rechtfertigen läßt. Die Arbeitszeit hat in weitem Ausmaße unter dem Vorwande volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten, besonders in der Schwerindustrie, eine Ausdehnung erfahren, die gesundheitlich untragbar, kulturell unhaltbar und zugleich unwirtschaftlich ist. Die Kölner Tagung der christlichen Gewerkschaften hat u. a. gefordert: beschleunigte gerechte Regelung der Arbeitszeit, ausreichende Erhöhung der Löhne und bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung bleibt ihren Grundsätzen treu. Sie bejaht im Bewußtsein ihrer Verantwortung die Pflicht des Dienstes am Gesamtwohl und wird nach wie vor diese ihre Pflicht erfüllen. Sie kämpft auch fürderhin mit allem Nachdruck für die

Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit

als der Voraussetzung nationaler Wiedergeburt.

Die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist ohne eine starke und finanzkräftige Gewerkschaftsbewegung nicht möglich. Deshalb fordern wir auf zu weiterer zielbewußter und tatkräftiger Arbeit unter der bewährten Losung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung: Christlich und national!

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Die Sozialpolitik als nationale Gemeinschaftsarbeit

Der in Prag vom 2. bis 4. Oktober tagende Internationale Kongreß für Sozialpolitik war ein Weltkongreß, weil neben der überwiegenden Zahl von Mitgliedern aus sämtlichen europäischen Ländern außer Rußland auch Vertreter von Nord- und Südamerika und Japan erschienen waren. Außer den naturgemäß vielen Teilnehmern aus der Tschechoslowakei waren über 500 auswärtige Mitglieder erschienen.

Der Leitgedanke des Kongresses, dessen Vorgänger 1897 in Zürich tagte, war, daß namhafte Vertreter der verschiedensten Gesellschaftskreise, vor allem aber der bürgerlichen und sozialistischen sozialpolitischen Organisationen aus sämtlichen Kulturländern über alle Zwietracht und allen Haß des Weltkrieges hinweg sich vereinigten in dem Bekenntnisse, daß die Sozialpolitik eine der wichtigsten Aufgaben der Selbsterhaltung von Staat und Gesellschaft ist. Was bisher, vor allem in den letzten 30 Jahren geschaffen ist durch Gesetzgebung, Verwaltung und Berufsorganisationen, bedeutet eine verheißungsvolle Grundlage der sozialen Reformarbeit, der wirtschaftlichen, staatsbürgerlichen, körperlichen und geistigen Hebung der aufwärtsstrebenden Klassen, letztlich der Erneuerung und Befriedung der Gesellschaft. Die Wirtschaftspolitik baut auf Sand ohne Sozialpolitik, diese kann nur gedeihen in einer fortschreitenden gesunden Wirtschaft und in einem starken Volksstaate. Wie aber der Staat und die Wirtschaft, so kann insbesondere die Sozialpolitik nur leben aus der Kraft der sittlichen und kulturellen Ideale. Am schärfsten hat letzteres ein deutscher Berichterstatter betont und darauf hingewiesen, daß diese beste Tradition der deutschen Sozialpolitik sie durchweg vor Irrwegen bewahrt, zugleich die christlich-sozialen, sozialistischen und sozialliberalen Kräfte, dazu die Gewerkschaften aller Richtungen zu gemeinsamer Arbeit vereinigt hat.

Damit wurde der nationale Wert und der menschliche Kulturwert der Sozialreform wie nicht minder ihre sittliche Würde als Berechtigungserweis und Geltungsanspruch der besonnenen Sozialpolitik verkündet und nachdrücklich allen neuerlichen unsozialen Regungen unter den Gebildeten und in manchen kurzsichtigen Unternehmerkreisen entgegengestellt.

Der bedeutungsvollste Fortschritt, welchen der Prager Kongreß über den Züricher aufwies, liegt darin, daß gut die Hälfte der Kongreßmitglieder von den Führern der Gewerkschaften, einschließlich der sozialistischen gestellt wurde. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen wie auch die sozialdenkenden übrigen Gesellschaftskreise haben sich ohne irgendwelchen Mißklang zu diesem Bekenntnisse wie zu den Grundlinien der Fortführung der Sozialpolitik vereint. Heute ist sie in allen Kulturländern nicht mehr Partei- und Klassenangelegenheit, sondern nationale Gemeinschaftsaufgabe. Zur sozialen Gestaltung des Wirtschaftsvolkes und der Gesellschaft auf dem Boden der Demokratie bekannten sich in Prag zum Beispiel französische Sozialisten, die noch vor zwanzig Jahren in der Gewalttat der „direkten Aktion" und des Generalstreiks ihr Programm sahen. Der Gedanke der mit den Menschen geborenen Volksgemeinschaft übt seine bezwingende Kraft immer mehr aus. Alle Kongreßmitglieder fühlen sich menschlich nahe und einander verpflichtet, trotzdem Meinungsverschiedenheiten für wissenschaftliche oder weltanschauliche Begründung und über taktisches Vorgehen noch die Trennung in Gesinnungs- und Arbeitsgruppen aufrechterhalten. Ein Sinnbild dieser Einigkeit war das Ehrenpräsidium der drei Veteranen der internationalen Sozialpolitik, gebildet aus Professor Brentano-München, dem 83jährigen Sozialisten Greulich-Zürich und dem holländischen Prälaten Dr. Nolens-Haag.

Der Gedanke, daß die Sozialpolitik eine nationale Volksgemeinschaftsaufgabe ist, kam in dem Ausspruche eines Deutschen zum Ausdrucke: Die Sozialpolitik ist Sache der austeilenden Gerechtigkeit des Staatsvolkes, das in ihr seine Glieder zu ihrem Rechte, zu ihrer Freiheit und zu ihrer Wohlfahrt kommen läßt; nicht aber ist sie Sache einer Machtpolitik, die Klassen über Klassen auszuüben trachten. Je mehr auch die deutsche Sozialpolitik in diesem Licht erscheint, wird der Hader und Streit um sie einer Eintracht weichen, wird ihr sittlicher Wert und ihre sittliche Würde zur Geltung kommen.

Eine neue gewerkschaftliche Aufgabe

ist im Lager des sozialistischen Metallarbeiterverbandes entdeckt worden. Bis jetzt schon war dort eine erstaunliche Vielseitigkeit zu beobachten. Die Leute des D. M. V. machten nicht nur in Vertretung der Arbeiterinteressen, sondern leisteten auch schon seither in parteipolitischem Wirken für die Sozialdemokratie und Bekämpfung der Religion und Kirche allerhand und mit einem Eifer und einer Leidenschaft, die die innere Einigkeit im soz. Metallarbeiterlager stark erschütterte.

Nun ist eine neue Aufgabe gefunden worden. In Kaiserslautern fand am 18. September eine öffentliche Versammlung des soz. Gewerkschaftsbundes statt, in der das Dawes-Gutachten behandelt wurde. Das machte ein Genosse Brümmer nach Maßgabe seines Könnens. Dann folgte eine Frau Havenstein-Leipzig, über deren Rede die soz. „Pfälzisch-Freie Presse" folgendes berichtet:

Die metallische Erde

Von Dr. V. Kutter.

Der verflossene Weltkrieg war ein Wirtschaftskrieg ersten Ranges, wie ihn die Menschheit bisher noch nicht erlebte. Ein wesentlicher Bestandteil, um den es sich hierbei drehte, waren die Kohlenfelder und Erzbecken, aus denen die Großindustrie ihre Vorräte schöpfte. Das zeigt besonders deutlich die Fortsetzung des Krieges mit einseitigen Waffen seit dem Herbst 1918 in seinen für uns so verhängnisvollen Erscheinungen. Dieser Kampf um Erz und Metall gibt uns Veranlassung, der Frage nach dem Metallgehalt der Erde etwas näher zu treten.

Vorläufig kommen für uns nur die in der Erdrinde enthaltenen Metalle in Betracht, denn nur diese sind uns zugänglich, wir stoßen daher zu allererst auf die Frage: wie ist unsere Erdrinde, auf der wir wohnen und wirken, in ihrem Innern zusammengesetzt? Nach den Angaben der Wissenschaft setzt sich die Erdrinde aus folgenden Hauptbestandteilen zusammen:

Sauerstoff	47,30 Prozent,
Silicium	27,21 Prozent,
Aluminium	7,81 Prozent,
Eisen	7,81 Prozent,
Calcium	3,77 Prozent,
Magnesium	2,68 Prozent,
Natrium	2,36 Prozent,
Kalium	2,40 Prozent,
Titan	0,33 Prozent,
Barium	0,03 Prozent,
Mangan	0,08 Prozent,
Chrom	0,01 Prozent,
Kohle	0,22 Prozent.

Metalle wie Kupfer, Blei, Zinn und Zink, oder gar die Edelmetalle Silber, Gold, Platin usw. sind am Aufbau der Erdrinde so wenig beteiligt, daß sie in unserer Tabelle überhaupt keinen Platz mehr finden können.

Schenken wir unsere Aufmerksamkeit zunächst dem Eisen, das für unser Wirtschaftsleben das wichtigste Metall ist. In technischer Hinsicht sind die oxydischen Eisenerze wie Magnetit, Eisenglanz und Eisenkarbonat die wichtigsten. Ausgedehnte Lager dieser Erze sind besonders in Schweden und Nordamerika. In Deutschland finden sich kleinere Lager in Schmiedeberg in Schlesien und Schmiedefeld im Thüringischen; dagegen kommt das Roteisenerz in Deutschland an ziemlich vielen Stellen vor. Die Minette in Lothringen und Luxemburg wiederum enthalten vor allem Brauneisenstein (Limonit). In Kärnten und Steiermark haben wir ebenfalls bedeutende Lager, die vorwiegend aus Spateisenstein bestehen. In geringeren Mengen, und vor allem gangförmig, kommen diese Eisenerze dann noch in vielen Orten Thüringens, des Siegerlandes, Badens und im Schweizer Jura vor.

Die Eisenerze sind meistens noch von anderen Metallen begleitet, vornehmlich von Mangan, als Manganbrauneisenstein, oder auch in anderen Verbindungen; bei uns in Deutschland hauptsächlich an der Lahn und im Odenwald, bei Ilfeld im Harz und Ilmenau in Thüringen.

Ein anderes Metall, das häufig mit dem Eisen vergesellschaftet vorkommt, ist Nickel, das im Magnetkies fast regelmäßig enthalten ist. Größere Nickelmengen, meist mit Kobalt zusammen, werden im Erzgebirge, bei Sangerhausen und Dillingen aufbereitet.

Vom Nickel ist es nicht weit zum Kupfer, zu dem wir nun übergehen. Das kupferreichste Land ist unbestreitbar Nordamerika, wo das Kupfer in großen Mengen sogar gediegen vorkommt. In Deutschland finden wir es in vielen Erzgängen des rheinischen Schiefergebirges, im Kupferschiefer von Mansfeld und Eisleben, und in der Nähe von Goslar.

Der Mansfelder Kupferschiefer enthält außer dem Kupfer auch einen bestimmten Prozentsatz Silber in ganz feiner Verteilung. Ferner sind ganz geringe Silbermengen im Bleiglanz vorhanden, und da der Bleiglanz ein ziemlich reichlich vorkommendes Erz ist, das leicht gewonnen werden kann, so ist es für die Silbergewinnung von hervorragender Bedeutung. Erze dieser Zusammensetzung haben wir bei Tarnowitz und Beuthen in Oberschlesien, am Altenberg bei Aachen, im rheinischen Schiefergebirge, und an einigen Stellen in Kärnten. Hochprozentige Silbererze besitzt Deutschland in erster Linie im Erzgebirge und etwas spärlicher im Harz.

Von den Erzgängen in den Gebirgen ist im Laufe der Erdgeschichte eine Menge Silbers durch die Flüsse ins Meer gespült worden. Heute enthält eine Tonne Ozeanwasser ein Hundertstel Gramm Silber. Da das gesamte Weltmeer aber nicht weniger als 1400 Millionen Kubikkilometer Inhalt hat, so sind im gesamten Weltmeer auch 1400 Millionen Tonnen Silber enthalten das macht für jeden Erdbewohner gerade eine Tonne Silber aus. Desgleichen findet sich im Meerwasser auch Gold aufgelöst, und zwar fünf mal so viel wie Silber. Leider ist es bisher nicht gelungen, von diesem Gold auch nur eine Spur zurück zu gewinnen, denn sonst erhielte jeder einzelne Mensch 7000 Kilogramm Gold als Meeresgeschenk!

Uebrigens ist das Gold eines der verbreitesten Metalle auf der Erde, aber nur an ganz wenig Stellen kommt es in größeren Mengen vor. Es findet sich in gediegener Form in den sogenannten Goldseifen, im Sande vieler Flußläufe, aus denen es früher häufig durch die bekannten Goldwäschereien gewonnen wurde, so im oberen Rheintal, an der Isar und an der Donau. Alle diese Wäschereien sind aber um die Mitte des vorigen Jahrhunderts eingegangen, da sie nicht mehr rentabel waren. Heute wird Gold hauptsächlich in Südafrika, Australien und Amerika gewonnen, und mit unsern afrikanischen Kolonien ging uns auch die damit verbundene Goldgewinnung verloren!

Die Erdrinde, mit der wir uns bisher beschäftigten, ist nur ein winziger Teil des ganzen Erdballs. Aus der Wärmezunahme beim Vordringen ins Erdinnere ergibt sich, daß die Erdkruste bereits in einer Tiefe von 50 Kilometern glühendflüssig ist; wie aber ist das Erdinnere, der Erdkern beschaffen? Zunächst ist sicher, daß das Erdinnere eine sehr hohe Temperatur besitzt; ist der Erdkern aber gasförmig, feuerflüssig oder fest? Aus den Erscheinungen der Ebbe und Flut hat der englische Physiker Lord Kelvin gefunden, daß der Erdkern weder gasförmig noch flüssig sein kann, sonst müßte auch das Erdinnere Ebbe und Flut zeigen, und hiervon ist keine Spur vorhanden. Aus seinen Berechnungen fand er dann, daß der Erdkern starr und elastisch wie Stahl sein muß. Auf einem ganz andern Weg kam der deutsche Erdbebenforscher Wiechert in Göttingen zum gleichen Resultat. Die Erdbebenwellen pflanzen sich nämlich quer durch die Erde hindurch fort, und aus ihrer Fortpflanzungsgeschwindigkeit ergibt sich ebenfalls, daß das Erdinnere starr sein muß, und aus einer Masse von der Elastizität des Stahls besteht. Aus Messungen elektromagnetischer Art und anderen Ueberlegungen findet man schließlich, daß die Masse des Erdkerns überwiegend aus Eisen und Nickel bestehen muß.

Man hat also einen festen Erdkern von sehr hoher Temperatur, um diesen herum eine plastische feuerflüssige Schicht, die bei vulkanischen Eruptionen zutage tritt, und zuletzt die starre Erdkruste

Nun beträgt der Erdradius über 6000 Kilometer; nehmen wir die starre Erdkruste zu 60 Kilometer und die feuerflüssige plastische Zwischenschicht mit 20 bis 30 Kilometer an, dann ist die Dicke der Erdkruste kaum 1/100 vom Erdradius, und ihre Masse macht nur etwa den millionsten Teil der Gesamtmasse des ganzen Erdballs aus. Für die Gesamtzusammensetzung unserer Erde ist also das Erdinnere maßgebend, und man kann daher sagen, daß der Himmelskörper, auf dem wir wohnen und wirken, werden und vergehen, in seiner großen Masse aus Metall besteht. Arme Menschen! sie sitzen auf einem riesigen Metallblock, und um ein paar Feilspäne schlagen sie sich tot!

„In einstündigen ungezwungenen Ausführungen behandelte sie die Lebensverhältnisse besonders der proletarischen Familien, die besonders trostlos dort sind, wo reicher Kindersegen vorhanden ist. Weiter besprach sie die verschiedenen Frauenkrankheiten und die Notwendigkeit, für gesunden Nachwuchs zu sorgen, dabei verschiedene Vorschläge erörternd, die nicht gegen das Gesetz verstoßen. (So, so! Die Red.) Die Frau müsse suchen, ihre Gesundheit zu erhalten; was in anderen Ländern möglich sei, müsse auch in Deutschland möglich sein. Am Schlusse zeigte sie die Handhabung der Apparate, wie sie in hygienischer Beziehung zu empfehlen seien. Die empfohlenen Apparate können bei der Geschäftsstelle des Metallarbeiterverbandes, Denisstraße 2, in Augenschein genommen und bestellt werden."

Also der D. M. V. als Absatzstelle für — Irrigatoren. Wenn das nicht zieht, dann zieht nichts mehr. Bei der erstaunlichen Vielseitigkeit der Leute im D. M. V. ist allerdings noch manches bezgl. des Ausbaues seiner Geschäftsstellen zu erwarten — ob allerdings zum Nutzen der Arbeiter — steht auf einem anderen Blatte.

Gewerkschaftsbeiträge sind einklagbar

Vielfach herrscht bei Arbeitnehmern die Auffassung, daß die Gewerkschaftsbeiträge eine freiwillige Leistung darstellen, die man beliebig zahlen kann oder nicht. Solche Auffassung rührt daher, daß bisher die Rechtsprechung zu Paragraph 152 der Reichsgewerbeordnung, wie der „Holzarbeiter" Nr. 32 mit Recht sagt, sich nicht klar ausgedrückt hatte. Bei der Bedeutung, die die Gewerkschaftsbewegung heute hat, ist das eine Frage, die von außerordentlicher Wichtigkeit ist, denn wenn die Beiträge nicht eingehen, und die Mitglieder ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, so wird natürlich die Stoßkraft der Bewegung stark gehemmt. Neuerdings hat sich die Rechtsprechung auf einen klaren, unzweideutigen Boden gestellt. Ein Urteil des Landgerichts 2 in Berlin (Akt. Z. 38/40. O. 433. 23) vertritt den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsbeiträge eingeklagt werden können, und führt aus, daß die Berufsorganisationen geschützt werden müssen, daß sie ihre Beiträge hereinbekommen.

„Entsprechend der jetzigen wesentlichen Bedeutung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen für den Wirtschaftsfrieden ist ihnen in Artikel 159 der Reichsverfassung „die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen" gewährleistet, und es sind alle „Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, rechtswidrig." — Hiermit ist nicht so sehr der einzelne, als vielmehr die Berufsorganisation als solche geschützt."

Dieses Urteil legt aber auch den Gewerkschaften im Interesse der von ihnen vertretenen Mitglieder den Zwang auf, nunmehr dafür Sorge zu tragen, daß die rückständigen Beiträge hereinkommen, damit nicht die Zahlenden für die Gleichgültigen mitbezahlen müssen.

Verbandsgebiet

Hemer. Auch hier in Hemer scheint sich die Arbeiterschaft endlich zu besinnen, daß es ohne Organisation nicht geht und der Arbeiter alleinstehend im Wirtschaftsleben nichts bedeutet.

Zu Anfang des Jahres glaubten Viele der Organisation den Rücken kehren zu müssen, da die Zeit der wöchentlichen Lohnbewegungen vorbei war. Daß neben der Regelung der Lohnfrage auch noch andere wichtige Verbandsarbeit zu leisten sei, wurde von vielen Kollegen nicht erkannt. Die kommunistische Verhetzung nach dem zusammengebrochenen Putsch des Jahres 1922 tat ein übriges, um den Organisationsgedanken nicht hoch kommen zu lassen. Die Zustände in Hemer sind aber auch danach geworden. In 98 Proz. der Betriebe ist keine Betriebsvertretung vorhanden, Lohn- und Arbeitszeitabkommen sind nicht mehr in Kraft. Ein Neuabschluß scheiterte an dem Widerstand der Arbeitgeber. Die bekannte Akkordscheere trat ungehindert in Tätigkeit usw. Ein Teil der Firmen ging dazu über, die früher bei den Gelben so beliebte Methode wieder einzuführen und mit Schinkenbrot und Freibier sich die Arbeiterschaft willfährig und gefügig zu machen. Dieses gelang besonders bei den Firmen, wo der Radikalismus stark war.

Um den Beweis zu erbringen, daß eine Regelung der Arbeitszeit auch ohne die Gewerkschaften möglich sei, wurde in einer Reihe von Firmen durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Arbeitszeit auf 56 Stunden in der Woche festgelegt sei, (mit den Gewerkschaften waren 57 vereinbart) um so der Arbeiterschaft entgegen zu kommen und ihr eine Stunde länger Freiheit am Samstagnachmittag zu gewähren. Es wurde aber gleichzeitig verlangt, daß die bisherige Leistung beibehalten und nach Möglichkeit noch erhöht werden müßte. Ein Lohnausgleich wie ihn die Gewerkschaften gefordert hatten, wurde allerdings nicht gegeben und so durften denn am Lohntag die Belegschaften mit entsprechend gekürzten Löhnen nach Hause gehen.

Die Gewerkschaften hatten diesen Dingen aber nicht tatenlos zugesehen und die Gewerbeaufsichtsbehörde auf den ungesetzlichen Zustand aufmerksam gemacht. Jetzt ging die Betriebsleitung dazu über, sich besonders willfährige Leute (d. h. Satigewordene) heranzuholen um sich bescheinigen zu lassen, daß die Gesamtbelegschaft mit der einseitigen Regelung der Arbeitszeit einverstanden sei. Hiergegen bäumte sich aber das Selbstbewußtsein bei vielen Kollegen auf. In gutbesuchten Betriebsversammlungen wurde zu den einzelnen Fragen Stellung genommen. Die übergroße Mehrheit der Belegschaften zeigte, daß sie nicht gewillt ist für ein Schinkenbrot ihre Rechte zu verkaufen.

Den Gewerkschaften wurde erneut das Vertrauen ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß eine Regelung der strittigen Fragen nur durch die Gewerkschaften möglich sei. Dieselben wurden dann auch beauftragt bei allen maßgebenden Stellen dahin gehend zu wirken.

Die Belegschaftsversammlungen verpflichteten sich für eine Erstarkung der Gewerkschaften in den Betrieben Sorge zu tragen.

Jetzt nachdem die Kollegenschaft einmal aufgerüttelt ist, darf die Arbeiterschaft hoffen, daß auch bald wieder geordnete tarifliche Verhältnisse in Hemer und Umgegend geschaffen werden können. Soll dieses Ziel bald erreicht werden, dann dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, denn noch ist der Widerstand im Unternehmerlager nicht gebrochen. Nur durch Kampf und Opfer gelangen wir zum Ziel, darum heran an die Werbearbeit für unsern Christlichen Metallarbeiterverband, das muß die Losung sein nicht nur für die führenden Kollegen, sondern für jeden von uns, der es ehrlich meint und keine geknechtete Arbeiterschaft will.

Branchenbewegung

Lohnbewegung und Abschluß derselben für die Büromaschinenmechaniker.

Das Lohnabkommen im Bezirkstarifvertrag des rheinisch-westfälischen Industriegebietes für Büromaschinenmechaniker wurde in Anbetracht der steigenden Lebenshaltungskosten am 25. September durch den Christlichen Metallarbeiterverband dem Händlerverband mit der tariflich vorgesehenen Kündigungsfrist gekündigt. In der am 1. Oktober stattgefundenen Verhandlung wurde von uns die Forderung erhoben, den Spitzenlohn von 0,77 Mark auf 0,95 Mark pro Stunde zu erhöhen. Nach langen Verhandlungen erklärte sich die Tarifkommission des Händlerverbandes bereit, als ihr äußerstes Angebot den Spitzenlohn von 0,77 Mark auf 0,80 Mark zu erhöhen. Dieses Angebot wurde im Bezirk von den Mechanikern abgelehnt. Laut Tarifvertrag war nunmehr das Zusammentreten des fachlichen Schlichtungsausschusses gegeben. Dieser trat am 21. Oktober unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Weinbrenner als Unparteiischen zusammen. Folgende Vereinbarung wurde nach längerer Verhandlung getroffen:

Die Tariflöhne werden um 12½ Prozent mit der Maßnahme erhöht, daß der Spitzenlohn 0,87 Mark pro Stunde beträgt. Die Lohnerhöhung tritt ab 26. Oktober in Kraft. Es betragen somit die Tarifstundenlöhne ab 26. Oktober

im 1. Berufsjahre	0,43½ ℳ	pro Stunde
im 2. Berufsjahre	0,52 ℳ	pro Stunde
im 3. Berufsjahre	0,61 ℳ	pro Stunde
im 4. Berufsjahre	0,70 ℳ	pro Stunde
im 5. Berufsjahre	0,78 ℳ	pro Stunde
im 6. Berufsjahre	0,85 ℳ	pro Stunde
im 7. Berufsjahre	0,87 ℳ	pro Stunde.

Werkstattleiter erhalten 10 Prozent mehr.

Kollegen! Hier ist wieder einmal so recht bewiesen: „Einigkeit macht stark". Stärkt die Reihen, hinein mit den letzten Mechanikern in unsern Christlichen Metallarbeiterverband. Sch.

Bekanntmachung

Am Sonntag, dem 9. November, ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Verbandsjubiläum und 2. Bezirk

Von Bezirksleiter Franz Schümmer.

Neben Duisburg kann Köln es für sich in Anspruch nehmen, am frühesten zur Organisierung der christlichen Metallarbeiter aufgerufen zu haben.

Schon im Frühjahre 1898 gründete der Kollege Döring in Köln-Deutz einen Berufsverband christlicher Metallarbeiter und verwandter Berufe. Der Sitz dieses Verbandes war Köln-Deutz. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte sich der Verband so ausgebreitet, daß er 8 Ortsgruppen zählte. Als Ausbreitungsgebiet war vorwiegend das Kölner Industriegebiet bis zur Eifel und bis Düren gedacht. Die Seele dieses Verbandes war der Kollege Döring. Was in denselben Jahren der Kollege Wieber für die christlichen Metallarbeiter in Duisburg war, das war in Köln der Kollege Döring. An Opfern für seine Ueberzeugung blieb auch dem Kollegen Döring nichts erspart.

Geächtet und gehetzt von einem Betrieb zum andern, monatelang arbeitslos, infolgedessen Not und Elend in der Familie, dazu von vielen verkannt; aber kein Hindernis war groß genug, um Freund Döring von seinem Vorhaben abzuhalten. Er blieb seiner Ueberzeugung treu, und mit ihm viele andere Kollegen, denn 22 Gründungsmitglieder aus dem Jahre 1898 leben heute noch. Auf dem Mainzer Kongreß 1899 ließen sich die christlich organisierten Kölner Metallarbeiter von der Notwendigkeit einer zentralen Organisation überzeugen und schlossen sich dem inzwischen gegründeten Christlichen Metallarbeiterverband an.

Köln als die Metropole des Rheinlandes ist für den Christlichen Metallarbeiterverband immer ein starker Stützpunkt gewesen. Nachdem die Ausbreitung des Verbandes große Fortschritte machte und Leitung und Uebersicht andere Maßnahmen erforderten, ging man zur Schaffung größerer Bezirke über. Aachen, Köln, Düsseldorf, M.-Gladbach und das Bergische Land wurden zu einem Bezirk mit dem Sitz in Köln vereinigt. Schon im Jahre 1913 zählten wir im II. Bezirk mehr als 13 000 Mitglieder und stellten somit mehr als ⅓ sämtlicher Verbandsmitglieder.

Neben Köln war es Aachen, wo der Gewerkschaftsgedanke früh unter den christlichen Textilarbeitern Fuß gefaßt hatte. Aber auch die Metallarbeiter hatten den Wert des Zusammenschlusses schon frühzeitig erkannt. Der Zusammenschluß geschah aber, wie auch an anderen Orten, mehr in Fach- und Unterstützungsvereinen. In Aachen war es der St.-Quirinus-Nadler-Unterstützungsverein, dem die Mehrzahl der Nadler angehörte. Von besonderer Bedeutung war die Gründung des Christlich-sozialen Zink-, Blei- und chemischen Fabrikarbeiterverbandes am 4. Juni 1899 in Stolberg. Gründung und Leitung dieses Verbandes lagen hauptsächlich in den Händen des Landtagsabgeordneten Kollegen Peter Harsch, der jetzt Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter ist. Der Verband erhob in den ersten Jahren einen Beitrag von 10 Pfg. Im Jahre 1903 wurde der Zink-, Blei- und chemische Fabrikarbeiterverband mit dem Christlichen Metallarbeiterverband verschmolzen. Die Blei- und Zinkarbeiter sind in allen Stürmen stets treue Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes geblieben. 12 Kollegen des alten Blei- und Zinkarbeiterverbandes sind heute Jubilare. Der besondere Arbeiterschutz, den die Blei- und Zinkarbeiter durch die Bundesratsverordnung von 1908 bekommen haben, ist als Verdienst des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu buchen, der sich der Hüttenarbeiter besonders angenommen hat.

Die eigentliche Gründung des Verbandes erfolgte in Aachen im Jahre 1901. Erst da erfuhren die Aachener Metallarbeiter, daß es einen sozialistischen Metallarbeiterverband und einen H.-D. Gewerkverein gab. Diese fühlten sich in ihrem Dornröschenschlaf gestört und holten zum Angriff auf den jungen Nebenbuhler aus. Die damaligen Kämpfe waren vorwiegend grundsätzlicher Art und haben so recht die Notwendigkeit eines christlichen Verbandes für die christlichen Metallarbeiter bewiesen. Im Aachener Gebiet blieb es dem Christlichen Metallarbeiterverband vorbehalten, bahnbrechend auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu wirken. Es sei hier besonders erinnert an die Kämpfe auf dem Aachener Hüttenwerk Rote Erde und bei der chemischen Fabrik Honigmann in Würselen 1906. Neben dem Kampf um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse mußte hier ein erbitterter Kampf um die Anerkennung geführt werden. Der Generaldirektor Kinzle vom Hüttenwerk Rote Erde erklärte denen, die Verhandlungen nachsuchten: „Eher muß ein Herrgott vom Himmel kommen, ehe ich mit einem Gewerkschaftssekretär verhandele." Als während des Streiks bei Honigmann in Würselen der Reichstagsabgeordnete Naken Verhandlungen nachsuchte, wurde ihm von Honigmann die Tür gewiesen mit den Worten: „Die Christlichen sind schlimmer als die Sozialdemokraten." Am Samstag, dem 21. Juli 1906, traten die Arbeiter der Firma Honigmann in Streik, und am Montag, dem 23. Juli, sandte Honigmann an Kardinal Fischer folgendes Telegramm: „Bitte empfangen Sie meinen Direktor, der Kaplan hetzt das Volk auf." Der Kaplan hatte nicht das Geringste mit dem Streik zu tun und war doch am Dienstag, dem 24. Juli, verschwunden. Nachtwächter, Schutzleute, Gendarmen, Zollbeamte standen dem Scharfmacher Honigmann zur Lieferung von holländischen und italienischen Streikbrechern zur Verfügung. Arbeiter und Frauen, die die ausländischen Arbeitswilligen aufklären wollten, wurden wegen Landfriedensbruch angeklagt. 2 Frauen, darunter eine von 63 Jahren, und 11 Kollegen, darunter einer von 18 Jahren, wurden zu 3 und 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Gnadengesuch an Kaiser Wilhelm II. wurde abgewiesen, die Strafen wurden verbüßt und haben das Gegenteil von dem erzeugt, was man wollte; der Opfermut wurde gestärkt, für die Angehörigen der Gefangenen wurde reichlich gesorgt, indem durch Sammlungen soviel aufgebracht wurde, daß der volle Lohn erstattet werden konnte, auch nach der Haftentlassung, als die Kollegen keine Arbeit fanden. Von den Würselener Kollegen kann man sagen: „Im Kampf erprobt und als stark befunden worden." Was besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist, daß diese Kämpfe geleitet wurden von Kollegen, die im Arbeitsverhältnis standen. Wer von den Pessimisten, von den Wenn- und Abermenschen von heute macht's nach? ?

Solche scharfe Kämpfe um Anerkennung und Gleichberechtigung haben im ganzen Regierungsbezirk Aachen bis zum Jahre 1916 geführt werden müssen. 1912 warf die Firma Erkens in Niederau bei Düren am Tage vor Weihnachten 27 Kollegen unseres Verbandes auf die Straße, im Jahre 1913, im Januar, maßregelte die Firma Prym in Stolberg 12 Kollegen, die dem Arbeiterausschuß und dem Betriebskrankenkassenvorstand angehörten. Im Oktober 1913 mußte der Beamte unseres Verbandes, Kollege Schümmer, denunziert durch die Firma Prym, eine längere Untersuchungshaft über sich ergehen lassen. Vertrauensleute des Verbandes, die zur Heeresarbeit reklamiert worden waren, wurden nach einigen Tagen wieder für den Schützengraben freigegeben.

Im M.-Gladbacher Bezirk mußte der Kampf mit derselben Schärfe wie in Aachen geführt werden. Bestrebungen, eine lokale Organisation für die Metallarbeiter zu gründen, waren auch in M.-Gladbach vorhanden. Die Kollegen erkannten aber bald, daß ein Christlicher Metallarbeiterverband auf zentraler Grundlage das Beste sei. So kam es dann am 23. Oktober 1899 zur Gründung einer Ortsgruppe von 120 Kollegen. Gleich nach der Gründung traten die Scharfmacher im Arbeitgeberlager auf den Plan. Auf großen Plakaten, die am 17. November 1899 in allen Betrieben des Handelskammerbezirks M.-Gladbach angebracht wurden, nannte man den Kollegen Giesberts und Kaplan Müller „Verführer". Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Arbeiter vom Christlichen Metallarbeiterverband fernhalten und die bereits Beigetretenen wieder austreten würden. Am 5. Oktober 1904 erließ die Firma Monfort in ihrem Betrieb folgende Bekanntmachung:

„Ich verlange, daß ein jeder, der bei mir arbeitet, aus dem Verbande austritt, und haben alle diejenigen mir bis morgen früh 8 Uhr eine Bescheinigung vorzuzeigen, daß sie sich mittels eingeschriebener Postkarte abgemeldet haben. Ich dulde weder einen christlichen noch einen unchristlichen oder sozialdemokratischen Verband in meinem Betriebe."

Die Firma Scheidt und Bachmann, die vorwiegend für den Staat arbeitete, maßregelte sämtliche christlich organisierten Metallarbeiter. Ein Einspruch des Verbandes bei der Staatsbehörde wegen Verstoß gegen das Koalitionsrecht blieb erfolglos.

In Düsseldorf ist gleich wie im Kölner, Aachener und Gladbacher Bezirk der Gedanke des Zusammenschlusses der christlichen Metallarbeiter schon früh aufgetaucht. Unter dem Vorsitz des Kollegen Bernhard Mayer tagte am 19. März 1899 eine Versammlung, in der eine Kommission gewählt wurde, die beauftragt war, die Gründung eines Christlichen Metallarbeiterverbandes in Angriff zu nehmen. Diese Gründung konnte bereits am 20. April desselben Jahres mit 20 Kollegen vollzogen werden. An der Verbandsarbeit haben sich damals besonders die Kollegen Mayer, Schnigler und Seitz hervorragend beteiligt. Der Kollege Mayer, der zugleich Arbeitersekretär war, war auch als Vertreter der Düsseldorfer Metallarbeiter auf dem ersten Kongreß in Mainz.

Zwecks Gründung eines Zentralverbandes suchten die Düsseldorfer Anschluß an den Kollegen Döring in Köln. Dieser Anschluß kam aber nicht zustande, weil man gleich nach der Gründung des Verbandes in Duisburg sich dort anschloß. Der Kollege Minter als erster freigestellter Beamter in Düsseldorf hat sich um die Ausbreitung und Verteidigung des Verbandes besonders verdient gemacht. Im Düsseldorfer Bezirk mußte der Kampf zur Verteidigung des Koalitionsrechtes und um die Anerkennung nach zwei Seiten geführt werden. Neben den Scharfmachern im Arbeitgeberlager, die denen in Aachen und M.-Gladbach in nichts nachstanden, ließen zur Erdrosselung des Christlichen Metallarbeiterverbandes die Genossen im sozialistischen Metallarbeiterverband kein Mittel unversucht. In kaum einem andern Bezirk hat der Terror durch die Genossen so traurige Blüten gezeitigt wie in Düsseldorf. Unsere Düsseldorfer Kollegen haben aber die Feuerprobe bestanden und den Christlichen Metallarbeiterverband zu einem achtunggebietenden Machtfaktor herausgebildet.

Im Bergischen Land, in der alten sozialistischen Hochburg, hat man gleich nach der offiziellenn Gründung des Christlichen Metallarbeiterverbandes mit der Agitation für denselben eingesetzt. Als erste Mitarbeiter gelten die Kollegen Blau und Loos an Barmen. Die eigentliche Gründung einer Sektion erfolgte in Barmen am 23. Januar 1900 mit 22 Kollegen. In Velbert wurde die Sektion am 18. März 1900 mit 57 Kollegen gegründet. Es folgten dann die Gründungen von Sektionen in allen übrigen Städten und Industrieorten des Bergischen Landes. Kaum irgendwo sonst war der Boden für den christlichen Gewerkschaftsgedanken so steinig wie im Bergischen Land. Es galt, Bresche zu schlagen in der ersten sozialistischen Hochburg Deutschlands. Hier waren die Gründer der deutschen Sozialdemokratie erfolgreich tätig gewesen, hier wurde mit einem Terror gegen uns gekämpft, wie er nur bei bergischen Hartköpfen möglich ist. Aber die bergischen Hartköpfe waren auch bald auf Seiten des Christlichen Metallarbeiterverbandes. In den Betrieben, wo wir durch Kollegen vertreten waren und wo die Genossen uns bei Bewegungen ausschalteten, gingen wir unsere eigenen Wege. Dieses uns aufgezwungene selbständige Vorgehen zwang die Genossen mit der Zeit zu gemeinsamer Arbeit mit dem Christlichen Metallarbeiterverband. Nach einem verunglückten Streik bei der Firma Mandewirth in Solingen im Jahre 1909 mußte der sozialistische Metallarbeiterverband den Christlichen Metallarbeiterverband anerkennen. Die Hauptarbeiten im Bergischen Land wurden bis zur Schaffung des jetzigen II. Bezirks von Düsseldorf aus geleitet. Von einer selbständigen Ortsverwaltung für das Bergische Land kann man erst reden, nachdem im Jahre 1910 der Kollege Hebborn in Solingen angestellt wurde. Was sich die kühnsten Optimisten nicht träumen ließen, wurde zur Tatsache. Neben der Ortsverwaltung Solingen entstanden nacheinander die Ortsverwaltungen Barmen, Velbert, Remscheid und Opladen, in denen überall freigestellte Kräfte tätig sind. Die höchste Mitgliederzahl mit rund 15 000 erreichte das Bergische Land im Jahre 1923. In den letzten Jahren, wo infolge der kommunistischen Treibereien im sozialistischen Metallarbeiterverband alles Gewerkschaftliche dem Politischen geopfert wurde, war der Christliche Metallarbeiterverband der feste Pol in der Wahrnehmung der Interessen der Metallarbeiter.

(Das ist einiges aus der Verbandsgeschichte des zweiten Bezirks. Es konnte nur in wenigen Strichen geschehen. Dank wollen wir sagen allen Führern und Mitarbeitern, vor allem unserem 2. Verbandsvorsitzenden Kollegen Schmitz, der bis zum Jahre 1920 Bezirksleiter in Köln war. Wir wollen auch dankbar der Treuen gedenken, die der Tod aus unserer Mitte gerissen hat. Im Geiste der Alten wollen wir weiterarbeiten für die Stärkung unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.

Schriftleitung: Georg Wieber, Verlag: Franz Wieber, Duisburg. Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m.b.H. (Echo vom Niederrhein & G. Köllen), Duisburg.